

MÉMORIAL

DU



Memorial

DES

Grand-Duché de Luxembourg.

Großherzogthums Luxemburg

Samedi, 21 janvier 1905.

N. 3. *)

Samstag, 21. Januar 1905.

Avis. — Maison de santé d'Ettelbruck.

Par arrêté grand-ducal en date de ce jour, ont été nommés membres du comité de surveillance de la Maison de santé d'Ettelbruck, pour un terme de trois ans, à partir du 25 janvier 1905, MM J.-P. Kohn, procureur d'Etat à Diekirch; Em. Salentiny, notaire à Ettelbruck; de Marie, négociant à Ettelbruck; Dr Feyder, médecin à Ettelbruck; Layen, juge au tribunal d'arrondissement de Diekirch.

M. Kohn remplira les fonctions de président du dit comité.

Luxembourg, le 20 janvier 1905.

Le Directeur général des travaux publics,
CH RISCHARD.

Avis. — Maison de santé d'Ettelbruck.

Par arrêté grand-ducal en date du 20 et. M. Ch. Schaack, juge au tribunal d'arrondissement de Diekirch, a été commis pour contrôler les admissions et le maintien en état de séquestration des aliénés à la Maison de santé d'Ettelbruck, pour la durée d'une année, à partir du 10 février 1905.

Par le même arrêté, M. Eug. Faber, juge au même tribunal, a été nommé suppléant pour les fonctions susdites, pendant la même période.

Luxembourg, le 20 janvier 1905.

Le Directeur général des travaux publics,
CH RISCHARD.

Bekanntmachung. — Heilanstalt zu Ettelbrück.

Durch Großh. Beschluß vom heutigen Tage sind zu Mitgliedern des Aufsichts-Comités bei der Heilanstalt zu Ettelbrück, auf eine Dauer von drei Jahren, vom 25. Januar 1905 ab, ernannt worden, die H. J. P. Kohn, Staatsanwalt zu Diekirch; Em. Salentiny, Notar zu Ettelbrück; de Marie, Kaufmann zu Ettelbrück; Dr. Feyder, Arzt zu Ettelbrück; Layen, Richter am Bezirksgericht zu Diekirch.

Hr. Kohn wird als Präsident des bes. Comités fungiren.

Luxemburg, den 20. Januar 1905.

Der General-Director der öffentlichen Arbeiten,
R. Rischard.

Bekanntmachung. — Heilanstalt zu Ettelbrück.

Durch Großh. Beschluß vom heutigen Tage ist Hr. Karl Schaack, Richter am Bezirksgericht zu Diekirch, bezeichnet worden, die Kontrolle über die Aufnahme und die Fortdauer der Sequestrierung der Geisteskranken an der Heilanstalt zu Ettelbrück, während eines Jahres, vom 10. Februar 1905 ab, auszuüben.

Durch denselben Beschluß ist Hr. Eugen Faber, Richter am bes. Gericht, zum stellvertretenden Kontrollrichter für dieselbe Dauer ernannt worden.

Luxemburg, den 20. Januar 1905.

Der General-Director der öffentlichen Arbeiten,
R. Rischard.

*) Le numéro du *Mémorial* paru sous la date du Jeudi, 19 janvier, porte erronément le N° 3 au lieu du N° 2.

Avis. — Assurance-bétail.

Par arrêté du soussigné en date de ce jour les sociétés mutualistes d'assurance contre la mortalité du bétail de Rambruch, Bigouviller et Wahl sont légalement reconnues et leurs statuts, dont suit le texte, sont approuvés.

Luxembourg, le 18 janvier 1905.

*Le Ministre d'État, Président
du Gouvernement,
EYSCHEN.*

Bekanntmachung. — Viehverfehrung.

Durch Beschluß des Unterzeichneten vom heutigen Tage sind die Viehverfehrungsvereine von Rambruch, Bondorf und Wahl gesetzlich anerkannt und deren Statuten in nachstehender Fassung genehmigt worden.

Luxemburg, den 18. Januar 1905.

*Der Staatsminister, Präsident
der Regierung,
Eyschen.*

Statuten des Viehverfehrungs-Vereins von Rambruch.

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen. — Name, Sitz und Zweck des Vereins.

§ 1. — Unter dem Namen Viehverfehrungs-Verein von Rambruch wird ein Verein gegründet, welcher bezweckt, seinen Mitgliedern unter den Bestimmungen der gegenwärtigen Statuten Entschädigungen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit für Verluste an ihrem Viehbestande zu gewähren.

§ 2. — Der Sitz des Vereins ist in Rambruch und erstreckt sich auf die Ortschaften resp. Sektionen Rambruch, Schwiedelbruch und Kötschotte.

§ 3. — Die Gesellschaft versichert: a) Kühe, Rinder, Ochsen und Stiere; b) Kälbinnen, junge Ochsen und Stiere im Alter von wenigstens einem Jahre.

KAPITEL II. — Mitgliedschaft, Ein- und Austritt aus dem Verein. — Einschreibung der Thiere.

§ 4. — Mitglied des Vereins kann jeder Eigenthümer oder Pächter derjenigen Ortschaften werden, über welche sich der Verein erstreckt. — Minderjährige im Alter von 15 bis 18 Jahren, sowie die verheiratheten Weibspersonen werden jedoch nur unter den durch Art. 3 des Gesetzes vom 11. Juli 1901 festgesetzten Bedingungen als Mitglieder des Vereins zugelassen.

Vom Eintritt in den Verein sind jedoch ausgeschlossen:

a) Viehhändler und Eigenthümer oder Halter von sogenanntem Leihvieh; b) Viehbesitzer, welche nicht ihren ganzen Viehbestand, sondern nur einzelne Stücke versichern wollen.

§ 5. — Von dem Verein können durch Beschluß der General-Versammlung und mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder, auf den Vorschlag des Vorstandes, ausgeschlossen werden:

a) Diejenigen, welche den Interessen des Vereins entgegengetreten oder sich eines groben Betrugs oder des Versuches eines solchen dem Vereine gegenüber schuldig gemacht haben.

b) Notorische Thierquäler oder solche, die ihr Vieh ungebührlich schlecht pflegen.

c) Diejenigen, welche den Bestimmungen der gegen-

wärtigen Statuten und speziellen Reglementen des Vereins nicht nachkommen.

d) Diejenigen, welche mit der Zahlung ihrer ordentlichen Beiträge während einem Monat oder für die ausserordentlichen Beiträge während vierzehn Tagen im Rückstande sind, ohne von dem Vereinsvorstande dazu Ausstand erhalten zu haben.

§ 6. — Die Mitglieder, deren Ausschluss aus dem Vereine vorgeschlagen, werden zunächst von dem Vereinsvorstande zu einer bestimmten Stunde vorgeladen, um dieselben über die Ursachen des Ausschlusses zu hören.

Sofern dieselben nicht erscheinen, oder die Gründe dem Vorstand nicht genügend erscheinen, wird der Ausschluss der Entscheidung der Generalversammlung unterworfen.

§ 7. — Der freiwillige Austritt aus dem Vereine kann nur zum Schlusse des Versicherungsjahres erfolgen und muss der Antrag wenigstens drei Monate vor diesem Zeitpunkte schriftlich bei dem Vorstande eingereicht werden.

Diese Bestimmung ist jedoch auf diejenigen Mitglieder, welche ihren Wohnsitz ausserhalb der in dem Vereine einbegriffenen Ortschaften verlegen oder welche ihren Betrieb aufgeben, nicht anwendbar. Für diese hört die Versicherung mit Ende des Halbjahres, in welchem die Verlegung des Wohnsitzes oder die Aufgabe des Betriebes erfolgt, auf. Dasselbe ist der Fall, wenn ein Mitglied die Zahl der versicherten Thiere vermindert.

Mit dem Augenblicke des Austrittes hört die Versicherung für den Ausretenden, ebenso die Ersatzverbindlichkeiten für den Verein auf.

§ 8. — Im Falle des Austrittes oder des Ausschlusses stehen dem Ausretenden keinerlei Ansprüche auf den Verein zu. Jedoch haftet derselbe noch für die ordentlichen und ausserordentlichen Beiträge des Jahres, in welchem der Austritt bzw. Ausschluss erfolgt.

Für den Fall, dass ein Mitglied einen andern Wohnsitz nimmt und sich sogleich bei einer daselbst auf Gegenseitigkeit beruhenden gesetzlich anerkannten Viehverfehrung als Mitglied aufnehmen lässt, kann zu seinen

fr

Günstig ein Theil der bezahlten Beiträge dem andern Versicherungsverein durch Beschluss des Vorstandes zugewiesen werden.

§ 9. — Ein jeder Einwohner, welcher dem Vereine beitreten will, zeigt dieses einem der Vorstandsmitglieder an, welcher dem sich Meldenden die Statuten, die derselbe zu unterzeichnen hat, bekannt macht. Es wird alsdann von zwei Mitgliedern der Gesundheitszustand des Viehes untersucht. In zweifelhaften Fällen kann von dem Vorstande das Gutachten eines Thierarztes auf Kosten des Versicherten eingeholt werden.

Ergibt sich nichts zu erinnern, so wird der Werth des zu versichernden Thieres bestimmt; die Taxe und das versicherte Vieh nach Alter, Farbe, Race und Abzeichen in das Taxationsverzeichnis eingetragen. Der Vorstand entscheidet in seiner ersten Sitzung über die Annahme, die sofort dem Versicherten bekannt zu geben ist.

§ 10. — Diejenigen Mitglieder, welche ihren Viehbestand vergrößern, sind verpflichtet, bezüglich der neu eingestellten Thiere innerhalb acht Tagen dem Vereinsvorstande Anzeige zu erstatten und wird, sodann hinsichtlich der Aufnahme nach den Bestimmungen des vorhergehenden § 9 verfahren.

Der Eintritt junger Thiere in das zur Aufnahme geeignete Alter gilt als Vergrößerung eines versicherten Viehbestandes.

Wer während des Jahres ein versichertes Stück Vieh verkauft, kann ein anderes zur Versicherung zugelassenes Stück an dessen Stelle setzen, für welches er den Mehrbetrag zu zahlen hat, jedoch wird der Minderwerth nicht vergütet.

KAPITEL III. — Beginn und Aufhören der Versicherung.

§ 1. — Die Versicherung beginnt mit dem Tage der Zustellung des Beschlusses des Vorstandes, wonach der Versicherte als Mitglied aufgenommen oder für wirkliche Mitglieder mit dem Tage, wo die neu eingestellten Thiere in die Versicherung angenommen.

§ 12. — Die Versicherung hört auf :

1) Im Falle des Ausschlusses eines Mitgliedes, mit dem folgende Tage, an welchem demselben der Ausschluss bekannt gegeben.

2) Im Falle der Versicherte seinen Wohnsitz ausserhalb des Viehversicherungsbezirkes verlegt, mit dem Tage, an welchem die Thiere anderwärts eingestellt.

3) Im Falle die ordentlichen und ausserordentlichen Beiträge in dem bestimmten Zeitpunkte nicht richtig eingezahlt, acht Tage nach erfolgter schriftlicher Mahnung durch den Vorstand.

4) Im Falle das versicherte Thier in Folge Verkauf, Tausch oder Vererbung auf einen anderen Besitzer über-

geht, mit dem Tage des Uebergangs an den neuen Besitzer.

Die Versicherung dauert jedoch fort :

a) Wenn der Verkauf oder Tausch unter Mitgliedern des Vereins stattfindet ;

b) Wenn der neue Besitzer sich sofort als Mitglied des Vereins aufnehmen lässt ;

c) Im Falle der Vererbung, wenn die Erben als Mitglieder aufgenommen werden können und ihre Verpflichtungen gegenüber dem Vereine zu erfüllen in der Lage sind ;

In den drei Fällen ist dem Vorstande von der erfolgten Veränderung Kenntniss zu geben.

d) Wenn der Besitzer in Folge einer gesetzlichen Bestimmung gehalten ist, ein verkauftes Thier zurückzunehmen oder den Preis dafür zu erstatten.

KAPITEL IV. — Wegfall der Entschädigung. — Entschädigungsbetrag. — Beiträge. — Eintrittsgeld.

§ 13. — Keine Entschädigung wird gewährt bei Verlusten, welche herbeigeführt sind :

a) Durch Feuersbrunst oder Blitzschlag. Entschädigt werden jedoch die Verluste durch Blitzschlag auf freiem Felde ;

b) Durch Ueberschwemmungen ;

c) Durch Seuchen oder ansteckende Krankheiten, soweit für dieselben auf Grund des Gesetzes eine Entschädigung des Besitzers stattfindet oder wenn auf Grund jener Gesetze wegen Nichtbeachtung der polizeilichen Bestimmungen eine Entschädigung nicht eintreten kann.

Eine Entschädigung wird ferner nicht gewährt, wenn ein versichertes Thier in Folge eines redimtorischen Fehlers während der Zeit verendet, in welcher der Besitzer Anspruch gegen den Verkäufer erheben oder sofern er den gesetzlichen Zeitpunkt, welcher für den betreffenden Fehler bestimmt ist, vorübergehen lässt, sofern nachgewiesen ist, dass ihm das Vorhandensein des Fehlers bekannt war.

§ 14. — Die Entschädigung kann durch den Vorstand verweigert oder gekürzt werden :

a) Wenn der Viehbesitzer die Krankheit oder den Unfall nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist zur Anzeige bringt ;

b) Wenn er den ihm in Bezug auf die Behandlung des erkrankten oder verletzten Thieres vom Vereinsvorstande ertheilten Weisungen nicht Folge leistet ;

c) Wenn der Verlust Folge der Fahrlässigkeit oder grober Misshandlung seitens des Besitzers oder der Person ist, dem die Thiere zur Pflege anvertraut ;

d) Wenn ein Mitglied des Vereins sich irgend einer Art betrügerischer Angaben oder Handlungen gegen den Verein schuldig gemacht hat ;

e) Wenn das versicherte Thier in Folge einer Operation verendet, die nicht durch einen Thierarzt ausgeführt worden: ausgenommen sind dabei solche Operationen, die durch schnelle Hilfeleistung vorgenommen werden müssen, z. B. bei Blüßungen durch den Trokarstich u. s. w.

f) Wenn eine dritte Person für den Unfall verantwortlich ist.

§ 15. — Ueber die Gewährung oder Versagung der Entschädigung beschliesst der Vorstand in gemeinsamer Berathung mit Stimmemehrheit und ist der Entscheid dem Beschädigten gleich zu eröffnen. Gegen diesen Beschluss des Vorstandes ist die Berufung an das Schiedsgericht zulässig. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.

§ 16. — Entschädigungsbetrag. — Die Entschädigung eines verunglückten Stück Viehes wird auf zwei Drittel der Taxe festgesetzt. Die Haut fällt dem Eigenthümer zu mit Ausnahme der in § 27 vorgesehenen Fälle.

§ 17. — Beiträge. — Jedes Mitglied ist verpflichtet, ein Prozent des Werthes des versicherten Viehes in halbjährigen Raten als Beitrag zu zahlen.

§ 18. — Eintrittsgeld. — Mitglieder des Vereines, welche sich bei der Bildung aufnehmen lassen, zahlen kein Eintrittsgeld.

§ 19. — Später eintretende Mitglieder haben, ausser der jährlichen Prämie, als Eintrittsgeld zu entrichten: für eine Kuh Fr. 1.25 Ct., für die folgende Fr. 0.62½ Ct., und für jedes weitere Stück Fr. 0.25 Ct.

§ 20. — Diejenigen, welche aus dem Vereine geschieden sind und wieder eintreten wollen, werden nach § 19 behandelt. Etwaige Rückstände früherer Beiträge sind jedoch vorher zu entrichten.

§ 21. — Sobald die Vereinsmittel den Betrag von fünf-hundert Franken übersteigen, muss der Ueberschuss bei der Sparkasse deponirt werden.

§ 22. — Die Vereinskasse muss für einen Reservefonds sorgen, welcher mindestens ein Franken von 1000 Franken des Werthes der versicherten Thiere beträgt. Dieser Satz wird auf ein Viertel ermässigt von dem Tage an, wo der Verein dem zwischen den verschiedenen zu Recht bestehenden Ortsvereinen des Landes etwa später zu gründenden Centralverbande beigetreten sein wird. Derselbe muss jedoch wiederum auf seine vorige Höhe gebracht werden, im Falle der Verein späterhin aus dem Centralverbande freiwillig austreten oder aus demselben ausgeschlossen werden sollte.

Der Generalversammlung bleibt es vorbehalten, ein-tretenden Falls die Zahlung eines aussergewöhnlichen Bei-

trages im Betrage von nicht über Fr. 0.25 Ct. von hundert Franken des Werthes des versicherten Viehes so lange an-zuordnen, bis der Reservefonds die statutarisch festge-setzte Höhe wieder erreicht haben wird.

§ 23. — Die Vereinsgelder dürfen zu keinem anderen, als dem in dem Statut angewiesenen Zwecke verwandt werden. Auch hat die Vereinskasse für sämtliche, zur Führung der Geschäfte des Vereines benötigten Auslagen aufzukommen. Zu diesen Verwaltungsauslagen zählen auch die infolge Beitritt an dem bereits in dem vorhergehenden § 22 erwähnten Centralverband an diesen letzteren zu entrichtenden gewöhnlichen oder auch aussergewöhn-lichen Prämien.

KAPITEL V. — Verfahren bei Erkrankung des Viehes. — Nothschlachtung.

§ 24. — Wenn ein versichertes Stück Vieh erkrankt oder einen Unfall erleidet, dann ist der Eigenthümer ver-pflichtet, alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu dessen Herstellung anzuwenden. Auch muss derselbe dem Vor-stande innerhalb zwölf Stunden hiervon Anzeige machen, damit sich von der Zweckmässigkeit der getroffenen An-ordnungen überzeugt werden kann.

§ 25. — Beschliesst der Vorstand die ärztliche Behand-lung des Thieres, so werden die Kurkosten, mit Aus-nahme jedoch der Arzneikosten, welche in allen Fällen dem Eigenthümer zu Lasten bleiben, zur Hälfte durch die Vereinskasse und zur Hälfte durch den Eigenthümer des Thieres getragen.

§ 26. — Unter allen Umständen ist das Mitglied ver-pflichtet, jeden Todesfall eines versicherten Stück Viehes sofort dem Vorstande des Vereines anzuzeigen. Trifft den Eigenthümer kein Verschulden und ist die Identität des gefallenen Viehes durch zwei Taxatoren festgestellt, so erfolgt die Auszahlung der Entschädigungssumme aus der Vereinskasse.

§ 27. — Erweisen sich Thiere einer unheilbaren Krank-heit verdächtig, so kann durch den Vereinsausschuss die alsbaldige Schlachtung des Thieres angeordnet werden. In diesem Falle kann die Entschädigungssumme auf drei Viertel des Werthes festgesetzt werden, dem Eigenthümer bleibt hierbei die Wahl, ob er das Fleisch nach einer von zwei Mitgliedern des Vorstandes zu bestimmenden Taxe behalten oder solches dem Vereine belassen will.

In letzterem Falle wird das Fleisch, soweit es polizeilich zulässig ist, von zwei Mitgliedern des Vorstandes in einem Tage verkauft. Der Erlös fliesst in die Vereinskasse und fällt in diesem Falle die Haut dem Vereine zu.

Der Besitzer des Thieres darf eine Nothschlachtung nur mit Genehmigung des Vereinsausschusses vornehmen,

dringende Fälle ausgenommen, bei welchen der Vereinsausschuss die Nothwendigkeit der Nothschlachtung nachträglich anerkennen muss.

KAPITEL VI. — Beginn des Versicherungsjahres.

§ 28. — Das Versicherungsjahr beginnt mit dem 1. Januar und endigt mit dem 31. Dezember eines jeden Jahres. Die Taxation findet jährlich zweimal statt und zwar durch zwei Mitglieder des Vorstandes.

Zu diesem Behufe behündigt der Vorsteher den Taxatoren ein alphabetisches Verzeichniss der Mitglieder, deren Vieh versichert ist. Die hierbei ermittelte Abschätzungssumme gilt als diejenige, auf welche die Beiträge und Umlagen des Vereins vertheilt werden.

§ 29. — Im Erkrankungs- und Todesfalle eines Thieres gilt die halbjährige Abschätzungssumme als diejenige, nach welcher die Vergütung im Falle eines Verlustes erfolgt.

§ 30. — Der Rechnungsführer berichtet auf Grund des von den Taxatoren eingereichten Taxationsverzeichnisses die Versicherungsrolle und fertigt die von dem Vorstande festzusetzende Heberolle für die Zahlung der einzelnen Mitglieder an.

KAPITEL VII. — Organe des Vereins.

§ 31. — Die Organe des Vereins sind :

- a) Die Generalversammlung ;
- b) Der Vereinsvorstand.

§ 32. — General-Versammlung. — Wenigstens einmal im Jahre findet in dem auf den Schluss des Rechnungsjahres folgenden Monate eine General-Versammlung statt.

Der Präsident kann ausserdem die General Versammlung eigenmächtig, es muss dieselbe auf Verlangen von drei Vorstandsmitgliedern, oder auf ein von zehn wirklichen Mitgliedern unterzeichnetes und die Gegenstände der Tagesordnung enthaltendes Ersuchen einberufen.

Die General-Versammlungen sind wenigstens acht Tage vor dem für dieselben anberaumten Tage durch Anschlag ortsüblich bekannt zu machen. — Die Beschlüsse der General-Versammlung werden nach einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst, ausgenommen wenn über Anträge auf Abänderung der Statuten oder Auflösung des Verbandes abgestimmt werden soll.

§ 33. — Befugnisse. — Die ordentlichen General-Versammlungen beschliessen über alle Gegenstände, welche denselben zu diesem Behufe von dem Vorstande vorgelegt oder von den Mitgliedern angeregt werden, in letzterem Falle jedoch nur wenn mindestens vierzehn Tage vorher dem Vorstande von den zu stellenden Anträgen Mittheilung gemacht worden und solche nicht den Statuten zuwiderlaufen. Der Vorsitzende hat in der General-Versammlung über seine Verwaltung während des verflossenen Vereinsjahres einen Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Ausserordentliche Versammlungen können nur über solche Angelegenheiten beschliessen die, bei der Einladung als Gegenstand der Berathung bezeichnet worden sind.

Die Protokolle der General-Versammlung müssen zu ihrer Gültigkeit von dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und zwei zu solchem Zwecke von der General-Versammlung besonders gewählten Vereinsmitgliedern unterschrieben werden.

§ 34. — Vorstand : Zur Verwaltung der Geschäfte des Vereins wählen die Mitglieder in der jährlichen General-Versammlung, welche im Monat Januar abgehalten wird, in geheimer Abstimmung und mit absoluter Stimmenmehrheit, einen Vorstand, bestehend aus :

- einem Vorsteher ;
- einem Stellvertreter des Vorstehers ;
- einem Rechnungsführer ; und
- zwei Mitgliedern.

Die sämtlichen Mitglieder des Vorstandes werden jedesmal auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Dieselben verrichten ihre Funktionen unentgeltlich. Ihr Amt ist ein Ehrenamt. Die Remuneration des Rechnungsführers dagegen wird durch die Generalversammlung festgesetzt.

§ 35. — Der Vorsteher besorgt die Gesamt-Geschäftsführung und vertritt die Gesellschaft in allen Fällen, kann sich aber auch durch den Stellvertreter vertreten lassen.

§ 36. — Der Rechnungsführer besorgt die Erhebung aller Einnahmen und die Auszahlung der auf die Vereinskasse angewiesenen Ausgaben auf Grund der Anweisung des Vorstehers.

Am Ende des Geschäftsjahres legt der Rechnungsführer vollständige Rechnung ab über die Einnahmen und Ausgaben, welche in der im Monat Januar stattfindenden General-Versammlung vorgelegt wird. Der Vorsteher beaufsichtigt das Kassenwesen.

§ 37. — Der Vorstand wird zur Wahrnehmung aller ihm durch das Statut ertheilten Rechte und Pflichten durch die blosse Wahl berechtigt.

§ 38. — Schiedsgericht. — Alle im Schosse der Gesellschaft entstehenden Streitigkeiten werden nach Art. 3 des Gesetzes vom 11. Juni 1891 stets durch zwei von den beteiligten Parteien zu ernennenden Schiedsrichter geschlichtet.

Unterlässt eine der Parteien diese Ernennung, so kann der Vorsteher des Vereins dieselbe vornehmen. Sind die beiden Schiedsrichter getheilter Ansicht, so ziehen sie

einen dritten zu, welcher zu entscheiden hat und dessen Entscheidung endgültig ist.

§ 39. — Die Abänderung gegenwärtiger Statuten kann nur durch eine Generalversammlung geschehen, deren Zusammenberufung und Verhandlungen in der statuten-gemäss vorgeschriebenen Form stattzufinden haben.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse dieser Versammlung ist erfordert, dass wenigstens die Hälfte der Mitglieder dabei anwesend sind und wenigstens drei Viertel der anwesenden Stimmen sich dafür aussprechen, und dass dieselben durch die Regierung nach Vorschrift des R. glements für die auf Gegenseitigkeit beruhenden Hilfskassen vom 22. Juli 1891 gutgeheissen werden.

Die Auflösung kann nur in einer speziell zu diesem Zwecke wenigstens zwei Monate im Voraus durch Einzel-briefe mit ausdrücklicher Angabe der Tagesordnung ein-berufenen Versammlung beschlossen werden, in welcher wenigstens drei Viertel der Vereinsmitglieder vertreten

sein müssen. — Dieser Beschluss muss mit drei Viertel der anwesenden Stimmen gefasst sein. — Die Auflösung ist nur mit Gutheissung der Regierung gültig. — Im Falle der Auflösung hat die Liquidirung gemäss den Bestim-mungen des Art. 9 des Grossh. Beschlusses vom 22. Juli 1891 stattzufinden.

§ 40. — Durch Beschluss des Vorstandes können gegen-wärtige Statuten gedruckt und zum Kostenpreise an die Mitglieder überlassen werden. In derselben Weise können Quittungs- und Notationsregister beschafft werden.

§ 41. — Die Unterschrift unter die gegenwärtigen Sta-tuten gilt als Anerkenntniss derselben und als verbindliche Erklärung, der Gesellschaft beitreten zu wollen.

Berathen und angenommen zu Rambruch, am 1. Juli 1904.

(Folgen die Unterschriften.)

Note. — Les statuts adoptés par les autres sociétés d'assurance sont les mêmes que ceux publiés ci-dessus, sauf les exceptions ci-après :

Bondorf: § 1. — Unter dem Namen Viehversi-cherungs Verein von Bondorf u. s. w.

§ 2. — Der Sitz des Vereins ist in Bondorf und erstreckt sich auf die Ortschaften Bondorf, Boudorfermühle, Platz-hour-Strasse.

§ 13. —
Entschädigt werden jedoch die Verluste durch Blitz-schlag auf freiem Felde.

§ 25. — Beschliesst der Vorstand die ärztliche Behand-lung des Thieres, so werden die Kurkosten, insofern es sich handelt um die Honorarien oder Reisespesen des Thierarztes, zur Hälfte von der Vereinskasse bestritten, die andere Hälfte, sowie sämtliche Arzneikosten bleiben in allen Fällen zu Lasten des Eigenthümers.

Berathen und angenommen zu Bondorf, den 26. Juni 1904.

Avis. — Bourses d'études.

Une des bourses d'études de la fondation *Augustin*, au montant de fr. 300, est vacante.

Les prétendants sont invités à me faire par-venir leurs demandes, accompagnées des pièces justificatives de leurs droits, pour le 10 février prochain au plus tard.

Luxembourg, le 19 janvier 1905.

Le Directeur général des finances,
M. MONGENAST,

Wahl: § 1. — Unter dem Namen Viehversicher-ungs Verein von Wahl u. s. w.

§ 2. — Der Sitz des Vereins ist in Wahl und erstreckt sich auf die Ortschaften Wahl, Buschrodt, Heispelt, Gre-vels, Kuborn.

§ 13. —
Entschädigt werden jedoch die Verluste durch Blitz-schlag auf freiem Felde.

§ 25. — Beschliesst der Vorstand die ärztliche Behand-lung des Thieres, so werden die sämtlichen Kurkosten, insofern es sich handelt um die Honorarien oder Reisespesen des Thierarztes, zur Hälfte von der Vereinskasse bestritten, die andere Hälfte sowie sämtliche Arznei-kosten bleiben in allen Fällen zu Lasten des Eigen-thümers.

Art. 34. —
und vier Mitgliedern.

Berathen und angenommen zu Wahl, den 19 Juni 1904.

Bekanntmachung. — Studienbörse.

Eine Studienbörse der Stiftung *Augustin*, im Betrage von 300 Fr. jährlich, ist fällig.

Bewerber um deren Genuß sind gebeten, mir ihre desfalligen Gesuche nebst Belegstücken für spätestens den 10. Februar künftig zukommen zu lassen.

Luxemburg, den 19. Januar 1905.

Der General-Director der Finanzen,
M. M o n g e n a s t.

Abts — Association syndicale.

Par arrêté du soussigné en date de ce jour, l'association syndicale pour la construction et le redressement d'un chemin d'exploitation aux lieux dits « Beim Bongertsbüsch » à Colmar-Berg, commune de Berg a été autorisée. — Cet arrêté ainsi qu'un double de l'acte d'association sont déposés au Gouvernement et au secrétariat communal de Berg.

Luxembourg, le 18 janvier 1905.

**Le Ministre d'État, Président
du Gouvernement,
EYSCHEN**

Arts. — Assurance-maladie.

Par arrêté du soussigné en date de ce jour, la modification suivante apportée à l'art. 6, II, des statuts de la caisse de maladie de la *Société anonyme des Draperies Luxembourgeoises à Schleismühl*, a été approuvée.

Il est intercalé entre le 1^{er} et le 2^e alinéa du n° II de l'art. 6 des statuts un alinéa conçu comme suit :

« Ce secours pécuniaire sera payé au sociétaire à partir du premier jour après celui du début de la maladie et en outre pour chaque dimanche et jour de fête, si l'incapacité de travail dure plus de sept jours. »

Luxembourg, le 10 janvier 1905.

**Le Ministre d'État, Président
du Gouvernement,
EYSCHEN.**

Bekanntmachung. — Syndikatsgenossenschaft.

Durch Beschluß des Unterzeichneten vom heutigen Tage ist die Syndikatsgenossenschaft für Anlage und Redressierung eines Feldweges, im Ort genannt „Beim Bongertsbüsch“ zu Colmar-Berg, Gemeinde Berg, ermächtigt worden. — Dieser Beschluß sowie ein Duplikat des Genossenschafts-aktes sind auf der Regierung und dem Gemeinde-sekretariate zu Berg hinterlegt.

Luxemburg, den 18. Januar 1905.

**Der Staatsminister, Präsident
der Regierung,
Eyschen.**

Bekanntmachung. — Krankenversicherung.

Durch Beschluß des Unterzeichneten vom heutigen Tage ist die an Art. 6 II des Statuts der Krankenkasse der Luxemburger Tuchfabriken zu Schleismühl vorgenommene Aenderung genehmigt worden.

Es wird zwischen Absatz 1 und 2 der Nr. II des Art. 6 des Statuts folgender Absatz eingeschaltet:

„Dieses Krankengeld wird dem Mitgliede vom ersten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab und außerdem für jeden Sonntag und Feiertag ausgezahlt, wenn die Erwerbsunfähigkeit von längerer Dauer als sieben Tage ist.“

Luxemburg, den 10. Januar 1905.

**Der Staatsminister, Präsident
der Regierung,
Eyschen.**

Bekanntmachung. — Viehausfuhr nach Preußen.

Es wird hiermit zur Kenntnis der Interessenten gebracht, daß laut einer Mitteilung des Königl.-Preussischen Regierungspräsidenten in Trier, die amtsthierärztliche Untersuchung hinsichtlich der Schafe und Ziegen an der Grenze ganz aufgehoben worden ist.

Betreffs der thierärztlichen Untersuchung der über die luxemburgische Grenze zur Ausfuhr nach Preußen gelangenden Pferde und Schweine, hat der Hr. Regierungspräsident von Trier nachstehende Bestimmungen erlassen :

§ 1. — Alle über die luxemburgische Grenze zur Einfuhr gelangenden Pferde, Esel, Maulesel, Maulthiere und Schweine dürfen nicht eher weiter geführt werden, als bis ihre Untersuchung durch beamtete Thierärzte stattgefunden hat.



§ 2. — Ausschließliche Einfuhrstellen für die im § 1 genannten Thiere sind bei der Einfuhr mit der Bahnlinie die Viehrampe des Bahnhofes Karthaus und bei der Einfuhr auf dem Landwege die Moselbrücke bei Remich-Nennig und Wellen-Grevenmacher, die Sauerbrücken bei Echternach und Wasserbillig, und die Durbrücke bei Noth.

§ 3. — Die Einfuhr ist gestattet:

a) für den Bahnhof Karthaus jeden Montag, Mittwoch und Freitag, mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage, von 6 bis 9 Uhr nachmittags;

b) an der Moselbrücke bei Remich-Nennig an den für Remich festgesetzten Viehmarkttagen von 1 bis 4 1/2 Uhr nachmittags und an den den Viehmarkttagen der Stadt Luxemburg folgenden Tagen von 10 bis 1 1/2 Uhr;

c) an der Moselbrücke bei Wellen an den für Grevenmacher festgesetzten Viehmarkttagen von 12 bis 2 Uhr;

d) an der Sauerbrücke bei Wasserbillig an den Tagen der Echternacher Viehmärkte, an allen den Viehmarkttagen der Stadt Trier vorhergehenden Tagen und an den für Wasserbillig selbst festgesetzten Viehmarkttagen von 1 bis 5 Uhr nachmittags;

e) an der Sauerbrücke bei Echternach an den für Echternach festgesetzten Viehmarkttagen und an allen auf den für Mersch festgesetzten Viehmarkttagen folgenden Tagen von 1 bis 4 Uhr;

f) an der Durbrücke bei Noth an den für die luxemburgischen Orte Ettelbrück, Wianden und Diekirch festgesetzten Viehmarkttagen von 2 bis 5 Uhr.

Außerdem ist nach einer mindestens 48 Stunden vorher zu erlassenden Benachrichtigung des zuständigen beamteten Thierarztes (§ 4) die Einfuhr an den genannten Stellen auch zu jeder anderen Zeit mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage gestattet.

§ 4. — Mit der thierärztlichen Untersuchung der Thiere ist beauftragt:

An der Durbrücke zu Noth der Kreisthierarzt zu Neuenburg;

an allen übrigen Einfuhrstellen der Kreisthierarzt zu Trier.

§ 5. — Für die thierärztliche Untersuchung der Thiere ist von dem Einführenden folgende Vergütung an den für jede Einfuhrstelle ernannten Gebührenerheber zu zahlen:

Für Pferde, Esel, Maulesel und Maulthiere Mk. 3,00 für jedes Stück.

„ Schweine „ 0,20 „

„ Spanferkel „ 0,05 „

Vergütungen an die untersuchenden Beamten sind bei einer Einfuhr zu den im § 3 genannten festen Untersuchungszeiten nicht zu zahlen.

Erfolgt die Untersuchung an dem regelmäßigen Einfahrtage zu einer anderen Stunde, so sind dem untersuchenden Thierarzte, falls eine besondere Reise nothwendig war, Reisekosten, und falls ein anderer Thierarzt als Stellvertreter die Untersuchung vornimmt, diesem auch 6 Mark Tagelöner zu zahlen.

Bei einer Vieheinfuhr zu anderen Zeiten (§ 3 letzter Absatz) sind außer vorstehenden Untersuchungsgebühren an die Gebührenerheber den Kreisthierärzten die ihnen gesetzmäßig zustehenden Reisekosten und Tagelöner zu zahlen. Diese Reisekosten und Tagelöner betragen für die Einfuhrstelle zu Karthaus 9,60 Mk., zu Nennig 17,80 Mk., zu Wellen 13,80 Mk., zu Wasserbillig 12,60 Mk., zu Echternacherbrück 17,00 Mk., zu Noth 20,40 Mk., sofern die Untersuchung durch den für die betreffende Stelle bestimmten Thierarzt (§ 4) erfolgt. Ist jedoch eine Vertretung dieses Beamten nöthig geworden, so erhöhen oder vermindern sich die Reisekosten je nach dem weiteren oder näheren Wohnorte des Stellvertreters von der Untersuchungsstelle.

§ 6. — Vorstehende Bestimmungen (§§ 1—5) finden auf Pferde, die im kleinen Grenzverkehr die Landesgrenze regelmäßig hin und zurück überschreiten, keine Anwendung.

Hierüber gelten folgende Vorschriften:

Die amtsthierärztliche Untersuchung solcher luxemburgischer Pferde, die im kleinen Grenzverkehr zwischen dem preussischen und luxemburgischen Staatsgebiete die Landesgrenze regelmäßig hin und zurück überschreiten, erfolgt nur einmal jährlich und zwar unentgeltlich an den im § 3 unter b bis f genannten Orten und zu den ebenda angegebenen Tageszeiten. Der betreffende beamtete Thierarzt hat a. F. die Seuchenfreiheit auf dem Ursprungszeugniß zu bescheinigen. Das Ursprungszeugniß ist von der zuständigen luxemburgischen Ortspolizeibehörde auszustellen und hat eine Gültigkeitsdauer von drei Monaten. Es muß enthalten:

1. die Bezeichnung des Eigenthümers des Pferdes (Namen, Stand und Wohnort);
2. die Beschreibung des Pferdes (Geschlecht, Farbe und Abzeichen, Alter und Größe);
3. die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Heimatsortes, daß weder dort, noch in den Orten, wo das Pferd innerhalb der letzten drei Monate eingestellt gewesen ist, noch in einem Umkreis von 20 Klm. von diesen Orten entfernt übertragbare Pferdekrankheiten während der letzten sechs Monate aufgetreten sind.

Einer Untersuchung solcher preussischer Pferde, die im kleinen Grenzverkehr die Landesgrenze regelmäßig hin und zurück überschreiten, durch diesseitige beamtete Thierärzte bedarf es nicht, die Führer solcher Pferde müssen aber im Besitze von Ursprungszeugnissen sein, welche die Bescheinigungen zu 1 und 2 enthalten.

Die vorerwähnten Ursprungszeugnisse sind von den Führern der betreffenden Pferde auf Verlangen jederzeit den Polizeibeamten und den beamteten Thierärzten vorzuzeigen.

§ 7. — Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften (§§ 1—6) werden nach § 65 Nr. 1 bezw. § 66 Nr. 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 — 1. Mai 1894 mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder entsprechender Haft und Einziehung der verbotswidrig eingeführten Thiere bestraft, sofern nicht die strengerer Bestimmungen des § 328 des Strafgesetzbuches Platz greifen.

Luxemburg, den 20. Januar 1905.

Der Staatsminister, Präsident
der Regierung,
G y f e n.

Circulaire. — Certificats de nationalité.

Il est rappelé par les présentes à MM. les bourgmestres que les demandes en obtention de certificats de nationalité sont à adresser à l'autorité supérieure, seule compétente pour délivrer ces attestations dans la forme arrêtée par le Gouvernement.

Ces certificats sont délivrés dans les bureaux de la division de la justice.

MM. les bourgmestres sont invités à faire joindre aux demandes y relatives les actes

Ausfertigung. — Heimathscheine.

Den Gemeindeverwaltungen wird andurch in Erinnerung gebracht, daß die Gesuche um Ausfertigung von Heimathscheinen an die Oberbehörde zu richten sind, welche allein zuständig ist, diese Bescheinigungen in der von der Regierung bestimmten Form auszustellen.

Diese Scheine werden in den Büreaux des Justizdepartements verabsolgt.

Die H. G. Bürgermeister werden ersucht, den diesbezüglichen Gesuchen diejenigen Urkunden und

et renseignements qui sont de nature à documenter la nationalité des personnes qui s'adressent à l'administration communale.

Parmi les pièces qui sont à joindre je citerai notamment :

1^o Pour les cas où l'intéressé est né dans le Grand-Duché d'un Luxembourgeois qui lui-même y est né, *les extraits des actes de naissance de l'impétrant et de son auteur, ou toute autre pièce délivrée par les autorités compétentes* et indiquant le lieu et la date de leur naissance, ainsi que les noms et prénoms de leurs père et mère.

2^o Si l'intéressé est né en pays étranger d'un Luxembourgeois né dans le Grand-Duché, *l'extrait de l'acte constatant l'origine du grand père en plus des pièces dont mention ci-avant.*

3^o Pour les cas où l'intéressé est Luxembourgeois en vertu de l'art. II de la loi du 27 janvier 1878, c.-à-d. comme ayant son domicile dans le Grand-Duché et étant né dans le pays d'un étranger qui y est né lui-même et y a eu sa résidence jusqu'à la naissance de l'intéressé, *l'extrait de son acte de naissance ainsi que celui de son auteur ou toutes autres pièces fournissant ces indications*, et s'il est né dans le pays d'une mère d'origine luxembourgeoise, qui a perdu la qualité de Luxembourgeoise et qui se trouve dans les mêmes conditions de naissance, et en dehors de l'extrait de son acte de naissance, *l'extrait de l'acte de naissance de la mère ainsi que celui du père de celle dernière.*

Il y a lieu de rapporter en plus *la preuve de l'existence des prédites conditions de résidence*, tant dans le chef de l'intéressé que dans celui de l'auteur né dans le pays, *par un certificat délivré par le bourgmestre ou le commissaire de police.*

Tous ces documents pourront être délivrés sur papier libre, avec la mention expresse du but dans lequel ils ont été délivrés.

S'il existe un doute sur la question de nationalité, MM. les bourgmestres sont priés de bien

Nachweise beizufügen, welche geeignet sind, die Staatsangehörigkeit der Bittsteller darzutun.

Als Belegstücke sind speziell beizubringen:

1^o Falls der Gesuchsteller im Großherzogthum geboren ist von einem Luxemburger, welcher ebenfalls dort geboren, die Geburtsurkunde des Petenten sowie dessen Vaters, oder auch jedes andere von der zuständigen Behörde ausgestellte Schriftstück, welches Ort und Datum der Geburt, sowie Namen und Vornamen der Eltern angiebt.

2^o Falls Interessent im Auslande geboren ist von einem Luxemburger, welcher im Großherzogthum geboren, außer den vorerwähnten Schriftstücken noch die Geburtsurkunde des Großvaters.

3^o Falls derselbe Luxemburger ist kraft Art. II des Gesetzes vom 27. Januar 1878, d. h. im Großherzogthum wohnhaft und daselbst geboren ist von einem Fremden, welcher ebenfalls im Lande geboren und dort von seiner Geburt bis zur Geburt des Betreffenden sesshaft gewesen, die eigene Geburtsurkunde, sowie diejenige seines Vaters, ev. jedes andere Schriftstück, welches dieselben Angaben enthält; falls endlich die Mutter des Betreffenden Luxemburgerin gewesen, dieser Eigenschaft aber verlustig geworden ist, er selbst aber hinsichtlich der Geburt und des Wohnsitzes jedoch die gleichen Bedingungen erfüllt, außer der eignen Geburtsurkunde diejenige der Mutter sowie deren Vaters.

Uebrigens muß für die Erfüllung der Wohnsitzbedingung seitens des Interessenten sowohl als seitens seines im Lande geborenen Vaters, bezw. seiner Mutter, der Beweis des dauernden Wohnsitzes durch eine Bescheinigung des Bürgermeisters oder Polizei-Commissars erbracht werden.

Alle diese Schriftstücke können auf stemmelfreies Papier ausgestellt werden, doch muß ihr Zweck ausdrücklich auf denselben vermerkt werden.

Besteht ein Zweifel über die Staatsangehörigkeit, so werden die H. B. Bürgermeister die Oberbe-

vouloir appeler l'attention de l'administration sur cette circonstance et de lui faire parvenir tous les renseignements de nature à l'éclairer.

Dans les cas de déclaration d'indigénat ou de naturalisation, les administrations communales voudront, pour faciliter les recherches, indiquer la date desdites déclaration ou naturalisation.

Je profite de l'occasion pour inviter les administrations communales de veiller à ce que les personnes qui sont dans le cas de faire leur déclaration en vertu des art. 9 et 10 du Code civil, et qui la font surtout en vue de l'obtention d'un certificat de nationalité et sans se soucier autrement des engagements par eux signés, soient bien rendues attentives aux termes formels desdits articles se rapportant au domicile à fixer, auxquels elles auront à se conformer rigoureusement, sous peine de se voir refuser le certificat en question.

Aux termes de la loi, ces personnes pourront, en effet, réclamer ou recouvrer la qualité de Luxembourgeois, pourvu que, dans le cas où elles résideront dans le Luxembourg, elles déclarent que leur intention est d'y fixer leur domicile, et que, dans le cas où elles résideront à l'étranger, elles fassent la soumission de fixer dans le Luxembourg leur domicile et qu'elles l'y établissent dans l'année à compter de l'acte de soumission.

Luxembourg, le 21 janvier 1905.

*Le Ministre d'Etat, Président
du Gouvernement,*
EYSCHEN.

Avis. — Postes.

Une agence de la poste aux colis est établie aux stations de Bech et de Hemstal à partir du 1^{er} février 1905.

L'agence de Bech comprend les localités de Bech, Geyershof, Grassenberg, Jacobsberg, Rodeschhof et Roswinkel; celle de Hemstal comprend les localités de Altrier, Hemstal, Hersberg, Kinseckerhof, Kobenbour, Rippig et Zittig avec moulin.

börde hierauf aufmerksam zu machen haben und ihr alle erforderlichen Aufschlüsse verschaffen.

Im Falle von Nationalitäts-Erklärung oder Naturalisation, wollen die Gemeindeverwaltungen, zur Erleichterung der Nachforschungen, deren Datum angeben.

Bei diesem Anlaß ersuche ich die Gemeindebehörden, diejenigen Personen, welche im Falle sind eine Indigenats-Erklärung in Gemäßheit der Art. 9 und 10 des Civilgesetzbuches abzugeben und diese vornehmlich zu dem Zwecke machen, um einen Heimathschein zu erlangen, ohne aber die Bedingungen zu erfüllen, zu welchen sie sich schriftlich verpflichtet haben, auf den ausdrücklichen Wortlaut erwähnter Artikel, betreffend den festen Wohnsitz, aufmerksam zu machen, welche dieselben strengstens zu befolgen haben, andernfalls die Ausstellung eines Heimathscheines verweigert wird.

Gemäß dem Gesetze können diese Personen die Eigenschaft eines Luxemburgers beanspruchen oder wiedererlangen, unter der Bedingung, daß sie Willens sind, hier ihren Wohnsitz aufzuschlagen, und, falls sie im Auslande wohnen, sich verpflichten, ihren Wohnsitz im Lande zu nehmen, und sich thatächlich binnen Jahresfrist nach der übernommenen Verpflichtung hier niederlassen.

Luxemburg, den 21. Januar 1905.

*Der Staatsminister, Präsident
der Regierung,*
E n s c h e n.

Bekanntmachung. — Postwesen.

Eine Packetpost-Agentur ist vom 1. Februar 1905 ab an den Stationen Bech und Hemstal errichtet.

Die Agentur in Bech begreift die Ortschaften Bech, Geyershof, Grassenberg, Jacobsberg, Rodeschhof und Roswinkel; derjenigen in Hemstal sind die Ortschaften Altrier, Hemstal, Hersberg, Kinseckerhof, Kobenbour, Rippig und Zittig nebst Mühle zugetheilt.

Les chefs de station à Bech rep. Hemstal sont chargés de la gestion de ces agences.

Luxembourg, le 21 janvier 1905.

Le Directeur général des finances,
M. MONGENAST.

Die Stations-Vorsteher in Bech bezw. Hemstal sind mit der Leitung der Agenturen betraut.

Luxemburg, den 21. Januar 1905.

Der General-Director der Finanzen,
M. M o n g e n a s t

Avis. — Service sanitaire.

Tableau des maladies contagieuses observées dans les différents cantons pendant la première quinzaine du mois de janvier 1905.

Bekanntmachung. — Sanitätswesen.

Verzeichnis der während der ersten Hälfte des Monats Januar 1905 in den verschiedenen Cantonen festgestellten ansteckenden Krankheiten.

N° d'ordre	CANTONS.	LOCALITÉS	Frèvre typhoïde	Diphthérie.	Coqueluche.	Scarlatine.	Variole.	Affections puerpérales
1	Luxembourg.	Luxembourg-ville.	»	»	»	3	»	»
2		Hollerich.	»	»	»	1	»	»
		Bonnevoie.	»	»	»	1	»	1
		Hamm.	»	»	»	»	»	1
		Strassen.	»	»	»	2	»	»
3	Capellen.	Steinfort	1	»	»	»	»	»
4	Esch s'Alz.	Peppange.	1	»	»	»	»	»
		Bettembourg	»	»	»	1	»	»
		Schifflange.	»	»	»	2	»	»
		Esch s. Alz.	»	»	»	5	»	»
		Dudelange	3	»	»	2	»	»
	Mersch.	Rumelange.	1	»	»	»	»	»
5		Rollingen.	»	»	»	1	»	»
		Reckange.	»	»	»	5	»	»
		Heffingen.	»	1	»	2	»	»
		Tuntlingen.	»	»	»	2	»	»
6	Clervaux.	Troisvierges.	»	»	»	4	»	»
		Lieler.	»	»	»	»	»	1
7	Echternach.	Echternach.	2	»	»	»	»	»
8	Grevenmacher.	Roodt.	»	1	»	»	»	»
9	Vianden.	Vianden.	1	»	»	»	»	»
Totaux.			9	2	»	31	»	3

Luxembourg, le 20 janvier 1905.

Caisse d'épargne. § — A la date des 16 et 20 janvier 1905, les livrets N°s 59993, 50225 et 100633 ont été déclarés perdus. Les porteurs des dits livrets sont invités à les présenter dans la quinzaine à partir de ce jour, soit au bureau central, soit à un bureau auxiliaire quelconque de la Caisse d'épargne, et à faire valoir leurs droits. Faute par les porteurs de ce faire dans le dit délai, les livrets en question seront déclarés annulés et remplacés par de nouveaux.

Par décision du Directeur général des finances en date du 11 janvier 1905, les livrets N°s 41359, 65440, 74035, et 98594 ont été annulés et remplacés par des nouveaux.

Luxembourg, le 19 janvier 1905.